



Presseschau vom 31.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet des Dorfes **Christowoje**. Geschossen wurde mit automatischen Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Russland blockiert Nordkorea-Bericht im UN-Sicherheitsrat. Russlands ständige Vertretung in der Uno hat die Billigung eines Berichtes zu Sanktionen gegen Nordkorea eingefroren, teilte der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja mit. Demzufolge handelt es sich um den Bericht des Komitees 1718. Die Entscheidung sei getroffen worden, da sich die Vertretung mit einer Reihe der Thesen im Bericht sowie mit dem Verlauf der Arbeit daran nicht einverstanden gezeigt habe. Nebensja weigerte sich, näher ins Detail zu gehen – denn das Dokument sei nicht öffentlich zugänglich und die Informationen vertraulich. „Die Ursache liegt in mehreren Fragen und Stellen. Aufgrund des konfidenziellen Charakters des Berichts kann ich sie nicht erläutern“. Die russische UN-Vertretung sei außerdem wegen ständiger Informationslecks im Komitee zu Nordkorea-Angelegenheiten besorgt, die dadurch ihren Weg in das Internet und die Medien fänden. „Wir haben eine Ermittlung dieser Fälle im Komitee beantragt. Da aber einige Mitglieder in dieser Richtung keinen besonderen Wunsch geäußert haben, werden wir das selbstständig tun“, so Nebensja.

Laut der Chefin der ständigen UN-Vertretung Großbritanniens, Karen Pierce, wird das Komitee 1718 am Freitag ein weiteres Treffen abhalten und versuchen, den von Russland eingefrorenen Bericht auszuarbeiten. Außerdem forderte sie seine Veröffentlichung, damit

„alle verstehen, dass es dort nichts gibt, wogegen man Einwände erheben“ solle. Im Dezember 2017 hatte der UN-Sicherheitsrat neue internationale Sanktionen gegen Nordkorea verhängt. Die von den USA vorbereitete diesbezügliche Resolution erhielt die Nummer 2379. Unter anderem wird darin vorgesehen, dass alle UN-Mitgliedsländer nordkoreanische Arbeitsmigranten bis spätestens Ende 2019 ausweisen müssen. Zudem wurden die Lieferungen von Rohöl und Erdölzerzeugnissen nach Nordkorea weiter eingeschränkt.

Im August 2018 billigte das Komitee 1718 die zuvor von Russland vorgeschlagene humanitäre Unterstützung für Nordkorea. Die Lieferungen sollen jedoch strikt dokumentiert werden, um eine Verletzung der Sanktionen zu vermeiden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32093/20/320932070.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 30. August 3:00 Uhr bis 31. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Kominternowo, Nikolajewka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde erlitt durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Kominternowo eine zivile Einwohnerin, geb. 1936, Splitterverletzungen im Gesicht, an der linken Schulter und am linken Oberschenkel.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Nikolajewka brannte das Dach eines Hauses in der Schkolnaja-Straße 13 ab.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 5.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 6.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Schul“waffenstillstand –

in Kraft.

de.sputniknews.com: Moskau: Washington soll mit Rechtfertigung „Unfug treibender“ Ukrainer aufhören.

Russlands Botschaft in den USA hat Washington aufgerufen, die Rechtfertigung von im Asowschen Meer „Unfug treibenden“ Ukrainern zu unterbinden. Dies folgt aus einem auf Facebook veröffentlichten Statement.

Der Beitrag ist eine Reaktion auf die Erklärung der US-Außenamtssprecherin, Heather Nauert, laut der Russland seit April „Hunderte Handelsschiffe“ beschlagnahmt und „mindestens 16 Schiffe gestoppt“ habe, die „ukrainische Häfen zu erreichen versuchten“. Die russische Botschaft betonte, es handle sich keinesfalls um „Beschlagnahmungen“ oder „Verhaftungen“, sondern um legitime Inspektionen. Außerdem sei bemerkenswert, dass Washington von „Hundertern“ Schiffen keines näher bestimme, was von einer „Politik doppelter Standards“ zeuge.

„Das US-Außenministerium vermeidet das absichtlich. Denn es werden dort Fälle ukrainischer Piraterie verschwiegen“.

Als Beispiel führen die Diplomaten die Aufbringung der russischen Schiffe „Nord“ und „Mechanik Pogodin“ an.

„Wir rufen die Amerikaner auf, damit aufzuhören, sich für ihre im Asowschen Meer Unfug treibenden Protegés einzusetzen“, hieß es.

Ende März hatte der ukrainische Grenzschutz im Asowschen Meer den russischen Fischkutter „Nord“ (mit Heimathafen auf der Krim) aufgebracht, der angeblich die ukrainische Seegrenze verletzt hatte. An Bord befanden sich zehn russische Staatsbürger, die von den Kiewer Behörden jedoch als Staatsbürger der Ukraine betrachtet werden.

Gegen neun Besatzungsmitglieder waren Geldstrafen verhängt worden. Dem Schiffskapitän drohten fünf Jahre Haft. Später stoppte Kiew jedoch das Gerichtsverfahren gegen die Crew. Laut ihrem Anwalt konnten die ukrainischen Grenzarbeiter die Illegitimität der Grenzüberschreitung nicht beweisen. Zwei Besatzungsmitglieder sind inzwischen auf die Krim zurückgekehrt.

Im August wurde der russische Tanker „Mechanik Pogodin“ im ukrainischen Hafen Cherson festgesetzt – weil der Besitzer des Schiffes beschuldigt wurde, die Sanktionen gegen die Krim verletzt zu haben.

Dan-news.info: Eine Trauerkundgebung zum Gedenken an die Kinder, die Opfer der Aggression Kiews im Donbass wurden, fand heute in der Hauptstadt der DVR am Denkmal an der „Allee der Engel“ statt.

Um das Andenken der getöteten Kinder zu ehren, kamen mehr als 500 Menschen, darunter die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ Natalja Wokowa, Parlamentarier, Vertreter der örtlichen Behörden. Sie legten Blumen am Denkmal nieder. Zündeten Kerzen an, brachten Kuscheltiere.

„Heute ehren wir das Andenken, der Kinder, die durch die ukrainischen Straftruppen getötet wurden. Morgen werden Zehntausende von Schülern hinter den Schulbänken sitzen, diese aber werden niemals mehr die Schulglocke hören“, sagte Wolkowa. „Wir werden sie nie vergessen. Es ist sehr traurig, dass ihr Leben so früh abgebrochen wurde, dass sie vieles nie tun konnten“.

Wolkowa merkte an, dass heute um 14:00 Uhr im Rahmen der Aktion „Sie werden die Schulglocke nicht hören“ in der Hauptstadt der Republik Hupen im Gedenken an die toten Kinder zu hören sein werden. Um 19:00 Uhr findet auf dem Leninplatz eine große Trauerkundgebung statt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/08/dan-news.info-2018-08-31_07-33-32_574830-----3-1024x683.jpg

de.sputniknews.com: Kiew will US-Raketen: Kampfansage gegen Moskau – Schlag gegen das eigene Volk

Swobodnaja Pressa

Für Bildung, Gesundheit und Soziales fehlt Kiew das Geld – für Waffen, Munition und Raketen ist es immer reichlich vorhanden. So kommentiert der Militäranalyst Juri Kotenok die Absicht der ukrainischen Führung, amerikanische „Patriot“-Abwehrraketen zu beschaffen. „Was ist schon dabei, dass die Regierung an der eigenen Bevölkerung einen Genozid verübt?“ sagt der Experte. „Der Sozial- und Bildungsbereich, das Gesundheitswesen in der Ukraine verfallen. Für neue Waffen und die Umrüstung der Armee aber wird das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Und das alles geschieht unter der Schirmherrschaft des Westens.“ Die Kiewer Führung möchte die Flugabwehr mit amerikanischen Raketen verstärken, sagte der ukrainische US-Botschafter, Walerij Tschalyj. Mindestens drei Patriot-Systeme sollen beschafft werden, eine entsprechende Anfrage an Washington sei bereits gerichtet worden. Präsident Poroschenko habe seinen Amtskollegen Trump bei einem Treffen in Brüssel darum gebeten, wie auch den Sicherheitsberater John Bolton bei dessen jüngstem Besuch anlässlich der Militärparade in Kiew, sagte der Diplomat.

Der Botschafter erklärte außerdem, die ukrainischen Streitkräfte hätten großen Bedarf an Drohnen, Artillerieradaren und Anti-Scharfschützen-Systemen. Ob die ukrainische Regierung Washington auch um diese Waffen bereits gebeten hat, ließ der Botschafter offen. So klar die ukrainische Führung ihren Bedarf vorträgt, so wenig kann sie durch die Zahlungsfähigkeit überzeugen: Die Ukraine ist gegenwärtig mit über sechs Milliarden Euro verschuldet – das sind 80 Prozent der ukrainischen Wirtschaftsleistung (die größte Staatsverschuldung in Europa). Indes kosten die Patriot-Systeme 750 Millionen Dollar das Stück.

Wozu braucht die ukrainische Armee überhaupt kostspielige Abwehrraketen? Sie müssen dann ja auch in die bestehenden Strukturen der ukrainischen Streitkräfte eingegliedert, das Personal entsprechend geschult werden. Das alles kostet nochmal Geld.

„Es gibt hier ein gegenseitiges militärisches Interesse“, sagt der Militärexperte Boris Roschin. „Einerseits ist die ukrainische Flugabwehr in der Tat sehr schwach, weil sie auf alten

Sowjetwaffen wie dem „Buk“ basiert. Andererseits könnte dieser Deal auch einflussreiche Gönner innerhalb des Weißen Hauses und des Pentagons haben. Der Hersteller der Patriot-Raketen könnte an dem Auftrag interessiert sein.“

Dass die Ukraine sich für den Patriot-Deal verschulden müsste, an dem allein die USA verdienen würden, steht außer Frage: „Washington gewährt Kiew 250 Millionen Dollar Militärhilfe. Ein Patriot-System kostet das Dreifache.“

Fachleute sind derweil überzeugt, dass die drei Anlagen, die die Ukraine beschaffen will, die Flugabwehr nur unwesentlich verstärken würden. Ohnedies hat Kiew nicht die besten Erfahrungen mit Waffenlieferungen aus den USA gemacht.

„Man denke an die gebrauchten Schnellboote, die die Vereinigten Staaten der ukrainischen Marine vor eineinhalb Jahren haben übergeben wollen. Die stehen immer noch in einem amerikanischen Hafen herum. Dabei hat Kiew diese Lieferung im Vorfeld auch lauthals als Erfolg verkündet“, sagt der Militärspezialist Roschin.

Aber: Es ist der US-Führung natürlich auch klar, dass amerikanische Raketen in der Ukraine den Konflikt im Donbass eskalieren würden. „Deshalb haben die USA bisher auf die Lieferung solcher Waffentypen verzichtet, um den Konflikt im steuerbaren Rahmen zu halten“, so der Fachmann.

Doch der Militäranalyst Juri Kotenok warnt davor, den Eskalationsgrad und die Gefahr, die von der Ukraine gegenwärtig ausgeht, zu unterschätzen: „Nur ein Blinder könnte die Bedrohung übersehen, die sich momentan an Russlands südwestlicher Grenze verdichtet“, sagt er. „Das alles wird unter dem Deckmantel der Modernisierung der ukrainischen Armee präsentiert. Tatsächlich aber versucht die Ukraine jetzt schon auf Nato-Standard umzurüsten.“ Man nehme die Artillerieradare als Beispiel, die kürzlich bei der Parade gezeigt wurden. „Sie kommen bereits im Donbass zum Einsatz. Nicht in großer Zahl natürlich, aber sie werden eingesetzt.“

Und nochmal: „Man darf die ukrainischen Streitkräfte nicht unterschätzen“, sagt der Analyst. „Manche Experten sind der Ansicht, die Ukraine könne sich die Anschaffung teurer Waffentechnik überhaupt nicht leisten. Doch dafür – für die Ausrüstung der ukrainischen Armee, die potentiell auch gegen die russischen Streitkräfte eingesetzt werden kann – wird der Westen immer zu besonders günstigen Konditionen Kredite bereitstellen“, erklärt der Experte.

Die angepeilte Anschaffung der Patriot-Raketen macht das ganz deutlich: „Die Ukraine wird schrittweise in den Aufbau einer Raketenabwehr hineingezogen, die nur gegen Russland gerichtet ist. Die Patriots passen da sehr gut ins System. Es sind keine reinen Defensivwaffen, sie können auch als Angriffswaffen genutzt werden“, sagt Kotenok.

Wenn man die Raketenanlagen etwa in der Nähe der russischen Gebiete Brjansk, Woronesch oder Belgorod stationiert, „dann wird die Anflugzeit der Raketen auf russische Wohnviertel und Armeeobjekte in Sekunden gezählt“, erklärt der Fachmann. „Das ist doch eine klare Kampfansage gegen Russland.“

Russland wird darauf unter hohem Aufwand reagieren müssen. „Genau das will die Gegenseite bezwecken“, so der Experte. „Leider ist die Ukraine heute schon in den Wirkungsbereich der Nato eingebunden. Das ist fast wie ein Beitritt zur Allianz, nur ohne offizielle Erklärung.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31731/85/317318565.jpg>

Nachmittags:

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Situation an der Kontaktlinie vom 25. bis 31. August 2018:

In der letzten Woche haben in den Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik Übungen zur Anwendung von ABC-Schutzmitteln für Panzermansschaften, taktische Spezialübungen mit Panzer- und Schützenpanzermansschaften sowie Kommunikationseinheiten durchgeführt. Es wurden mehr als 1500 Personen aus den Einheiten der Volksmiliz herangezogen.

Die Volksmiliz der DVR leistet gemeinsam mit karitativen und gesellschaftlichen Organisationen weiterhin humanitäre Hilfe für soziale Objekte und die Bevölkerung der Republik. Im Vorfeld des ersten Schultags wurden Schülern und Erstklässlern Päckchen mit Schulsachen übergeben, es wurden Hygienemittel, Lebensmittel und Kleidung in Wohnheime in Makejewka geliefert, in denen bedürftige Familien mit Kindern leben. Außerdem haben Familien gefallener Soldaten spezielle Hilfe erhalten.

Trotz der Geltung des „Schulwaffenstillstands“ setzt der Gegner den provokativen Beschuss des Territoriums der Republik fort. Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben die Terroristen der 128. Gebirgssturmbrigade und der 36. Marineinfanteriebrigade auf Befehl der Verbrecher S. Sobko und A. Gnatow **Nikolajewka** und **Kominternowo** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern, Schützenpanzern und Schusswaffen beschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte erlitt eine Einwohnerin von Kominternowo, geb. 1936, eine Splitterverletzung im Gesicht, an der linken Schulter und am linken Oberschenkel und in Nikolajewka brannte das Dach eines Hauses in der Schkolnaja-Straße vollständig ab.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 23 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** festgestellt. Auf die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik hat der Gegner drei Artilleriegranaten des Kalibers 152 mm sowie mehr als hundert Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82 mm abgefeuert, mehr als 160 Schüsse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern abgegeben sowie aktiv Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen eingesetzt. In dem genannten Zeitraum wurden in Folge von Beschuss auf die Ortschaften Golmowskij,

Gorlowka, Staromichajlowka, Kominternowo und Nikolajewka neun Häuser beschädigt. Unter der Zivilbevölkerung **starb durch zielgerichteten Beschuss der ukrainischen Seite ein Mann und eine 82j-ährige Einwohnerin wurde verletzt.**

Derzeit wird von uns eine **Verstärkung aller Arten von Aufklärung in Richtung Mariupol** festgestellt. Besonders haben die Fälle von Luftaufklärung mit verschiedenen Arten von Drohnen zugenommen, darunter auch unter Verwendung der amerikanischen Drohne Global Hawk sowie von Lockheed, die Funkaufklärung aus Richtung des Schwarzen Meeres betreibt. **In den letzten 4 Tagen haben unsere Luftabwehreinheiten acht ukrainische taktische Drohnen in den Gebieten von Kominternowo, Sachanka und Schirokino abgeschossen.** Von einigen der abgeschossenen Drohnen gelang es uns, Fotos und Videomaterialien zu erhalten, die das Gebiet festgehalten haben, von dem der Start erfolgt. Unsere Aufklärung untersucht nun die erhaltenen Materialien.

Unsere Aufklärung hat Informationen über Versuche einzelner Kommandeure der ukrainischen Streitkräfte erhalten, Fälle des Aufenthalts verschiedener Freiwilliger und Vertreter nationalistischer Organisationen in der Konfliktzone, insbesondere im Frontgebiet, zu legalisieren.

So führt das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ derzeit Maßnahmen durch, um Freiwillige für den Dienst mit kurzfristigen Verträgen über sechs Monate einzuberufen.

Dies geht gegen die Politik, die vom Kommandeur der Besatzungskräfte Najew betrieben wird, der danach strebt, alle nicht von ihm selbst kontrollierten Kämpfer und Vertreter nutzloser Freiwilligenstrukturen aus der Operationszone herauszubringen.

Die Kommandeure der Besatzungsverbände wollen so die Personalausstattung der unterstellten Truppenteile erhöhen. Aber tatsächlich verwandeln sich die mit Verträgen eingestellten Freiwilligen und Nationalisten in „tote Seelen“, die sich weiter mit ihren nicht erfassten Angelegenheiten in Hinblick auf finanzielle Rückläufe an die Kommandeure befassen.

So erhöht sich die Personalausstattung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf dem Papier, aber tatsächlich bleibt sie auf einem Level von 65-72%.

de.sputniknews.com: Beleg für US-Einmischung? Jelzin-Clinton-Gespräche geben Aufschluss.

Die veröffentlichten Abschriften der Telefonate zwischen dem ersten russischen Präsidenten Boris Jelzin und seinem US-Amtskollegen Bill Clinton werfen ein Licht auf Ereignisse, die sich kaum anders als eine Einmischung in innere Angelegenheiten Russlands deuten lassen. Jelzin hatte Clinton damals zudem um einen Stopp der Nato-Expansion gebeten.

Wie aus den Dokumenten hervorgeht, die am heutigen Freitag veröffentlicht wurden, hatte Clinton Jelzin in einem Telefonat im Jahr 1993 Finanzhilfe für russische Regionen angeboten, um die Stimmung bei den örtlichen Politikern zugunsten des russischen Staatschefs zu beeinflussen.

„Wie ist die vorherrschende Stimmung bei den regionalen Spitzenpolitikern? Können wir etwas mithilfe unseres Hilfspakets tun, um die Regionen zu unterstützen?“, fragte Clinton Jelzin gefiel diese Idee: „Das wäre gut. Diese regionalen Politiker, die früher die Opposition unterstützten, unterstützen jetzt uns. Aber nichtsdestotrotz wäre diese Art regionaler Unterstützung sehr nützlich.“

Aus den Abschriften ist ersichtlich, wie schmerzhaft Russland auch damals auf die Nato-Osterweiterung reagierte. In einem anderen Gespräch brachte der erste russische Präsident seinen Unmut zum Ausdruck:

„Ich möchte ein klares Verständnis von Ihrer Idee der Nato-Expansion erlangen, weil ich im Moment nichts außer einer Erniedrigung Russlands beobachte, wenn Sie so weitermachen.“

Wie sieht das aus Ihrer Sicht aus, wenn der Block weiter existiert, während der Warschauer Pakt aufgelöst wurde?“, fragte Jelzin seinen US-Kollegen.

„Das ist eine neue Form der Einkreisung, wenn sich der Block, der den Kalten Krieg überlebt hat, bis zu den Grenzen Russlands ausdehnt. Viele Russen haben Angst. Was wollt ihr damit erreichen, wenn Russland euer Partner ist?“, fragen sie. Ich frage das auch: Warum wollen Sie das tun? Wir brauchen eine neue Struktur für die paneuropäische Sicherheit, nicht die alten!“, so Jelzin weiter. „Lass uns einfach keine Blocks haben, nur einen europäischen Raum, der seine Sicherheit selbst gewährleistet.“

In einem weiteren Telefonat hatte Jelzin Clinton inständig darum gebeten, dass die Aufnahme der ehemaligen Sowjetrepubliken in die Nato möglichst lange aufgeschoben wird. „Gut, lass uns darauf einigen, dass die ehemaligen Sowjetrepubliken nicht als erste aufgenommen werden. Bill, bitte verstehen Sie mich, ich fliege mit einer schweren Last auf meinen Schultern zurück nach Russland.“

Jelzin erhielt jedoch vom US-Staatschef eine sehr vage Antwort: „Ich habe Ihre Botschaft verstanden. Aber Ihr Vorschlag ist nicht die Art und Weise, wie wir das machen. Ich will nichts tun, was nach dem alten Russland und nach der alten Nato aussehen wird.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32216/10/322161072.jpg>

ukrinform.ua: Ukroboronprom: Von Renovierung zu modernster Militärtechnik

Der staatliche Rüstungskonzern Ukroboronprom sei binnen der vier letzten Jahre von der Reparatur zur Herstellung moderner Militärtechnik übergegangen.

Dies erklärte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, als er dem Unternehmen zum 7. Jahrestag gratulierte.

"Innerhalb der letzten vier Jahre sind die Betriebe des Konzerns von der Reparatur und Teilmodernisierung zur Herstellung der neuen Ausrüstungsmuster und der technischen Kampfmittel unter Berücksichtigung der Kampferfahrungen der ukrainischen Truppen übergegangen. Momentan erfüllt Ukroboronprom die staatliche Verteidigungsbestellung und versorgt die Front mit moderner Ausrüstung", heißt es im Grußwort des Staatsoberhauptes. Nach den Worten des Präsidenten sei das Tagwerk der Mitarbeiter des Konzerns ein mächtiger Beitrag zu dem Sieg der Ukraine.

Im Konzern sind 80.000 hochqualifizierte Mitarbeiter beschäftigt.

de.sputniknews.com: „Provokation wird vorbereitet – Keine Zweifel“ – Lawrow spricht Klartext über Idlib:

Zunehmend häufen sich Hinweise, dass Terrorgruppierungen und ihre Verbündeten eine erneute Provokation mit Giftgas im syrischen Idlib planen – möglicherweise auch um eine

militärische Reaktion des Westens hervorzurufen. Nun hat sich der russische Außenminister Sergej Lawrow klar zu der Situation geäußert.

Laut Lawrow besteht kein Zweifel, dass eine Provokation mit chemischen Waffen in Idlib geplant ist. Die Fakten hierzu habe Russland längst an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und an die UN übergeben.

„Ich würde hier nicht über das Risiko eines Einsatzes chemischer Waffen sprechen, sondern über das Risiko von Provokationen mit chemischen Waffen, um anschließend die syrische Regierung dafür zu beschuldigen. Denn eine solche Provokation wird vorbereitet, da gibt es keinen Zweifel. Sowohl den Vereinten Nationen als auch Den Haag, wo sich das Hauptquartier der OPCW befindet, haben wir konkrete Fakten vorgelegt, die aus verschiedenen Quellen stammen“, sagte Lawrow.

All diese Fakten würden übereinstimmende Informationen liefern.

Es sei daher notwendig, dass internationale Organisationen ihrer Verantwortung gerecht werden und „ihre Stimme gegen solche Versuche“ richten, so Lawrow.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32192/48/321924874.jpg>

de.sputniknews.com: Tricksen, trügen und erobern: Deutscher Transatlantiker löst so den Donbass-Konflikt

Weder die Ukraine noch die EU könnten länger auf den Frieden im Donbass warten, schreibt der Politologe Andreas Umland in seinem Artikel für den „Atlantic Council“. Es gilt schnell zu handeln, mahnt der Experte. Wie, weiß er auch: den Donbass zu besetzen und Russland zu täuschen, ist offensichtlich sein Konzept.

Man entsende eine multinationale Truppe in den Donbass und versuche gleichzeitig die Minsker Vereinbarungen „formal“ zu erfüllen. Das rät der Politologe Andreas Umland zur Lösung der Ukraine-Krise. Der Experte ist einer der vielen Fachleute, die die Ukraine lieber heute als morgen in den Westen integriert sehen würden.

„Formal“ ist das Codewort in seinem Konzept. Statt Kiew dazu aufzurufen, die in Minsk unterzeichneten Vereinbarungen ohne Ausrede zu erfüllen, fördert und vermittelt er die alte Idee der Kiewer Machthaber, eine UN-Armee in den Donbass zu entsenden und das Gebiet unter internationale Verwaltung zu stellen – aber bitte so, dass die beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk vom Westen und der Ukraine kontrolliert würden.

Es sei überdies ein Fehler, so Umland weiter, den Krieg im Donbass mit anderen eingefrorenen Konflikten – in Aserbaidschan, Georgien oder Moldawien etwa – zu vergleichen, denn: „Der Krieg im Donbass ist ein heißer Konflikt“, schreibt der Experte. Es würden „Kommunikationskampagnen“ benötigt, um diese „falsche Wahrnehmung“ zu korrigieren.

Die Hauptursache für diesen „heißen Konflikt“ ist aus Umlands Sicht natürlich Russland: Moskaus „dreiste Kombination aus groben militärischen und nicht-militärischen Methoden“ habe zum Ziel, die Ukraine als „soziopolitische Gemeinschaft“ zu zerrütten, urteilt der Politologe.

Genau: Und es war wohl auch ganz bestimmt der Kreml, der Alexander Turtschinows Feder führte, als dieser 2014 den Startbefehl für die sog. Anti-Terror-Operation im Donbass unterzeichnete.

Der deutsche Politologe Umland könnte sich doch mal daran erinnern, wie Bundeskanzlerin Merkel der Ukraine – nachdem das Blutvergießen im Donbass begonnen hatte – eine Föderalisierung nach deutschem Vorbild vorschlug und sogar Experten als Berater entsenden wollte, um eine Eskalation der Lage zu vermeiden.

Aber während die deutsche Regierungschefin ihren Plan zur Beilegung dieses zwischen Kiew und dem Donbass ausgebrochenen Konflikts erläuterte, versuchte der renommierte Experte Umland der Weltöffentlichkeit weiszumachen, die Nationalisten spielten auf dem Maidan keine Rolle und die neue ukrainische Regierung sei im Grunde „antifaschistisch“.

Einen Monat später verbrannten die „Antifas“ vom Maidan in Odessa Menschen bei lebendigem Leib und zogen grölend in den Donbass.

Hinsichtlich einer Umgestaltung der Ukraine in einen Länderbund nach deutschem Vorbild sagte Umland 2015, die Föderalisierung sei für die Ukraine „keine Option“, es müsse vielmehr eine „Dezentralisierung“ geben, „die einfach dazu führt, dass die Macht weiter nach unten – auf die kommunale und die lokale Ebene – gereicht wird.“

Was sehen wir heute, drei Jahre danach? Der Konflikt im Donbass setzt sich fort, von einer erfolgreichen Dezentralisierung ist keine Rede und die Menschen dort leben immer schlechter und schlechter.

Indes verängstigt Herr Umland die Öffentlichkeit mit Schreckensszenarien aus der Ukraine. „Beispielsweise würden Millionen ukrainischer Bürger in die EU kommen.“ Oder im Worstcase: Ein Unfall im größten Kernkraftwerk Europas – gelegen im ukrainischen Saporischschja, „nur 30 Meilen vom Kampfgebiet“ entfernt.

Wie der Atommeiler und die Kampfhandlungen zusammenhängen, lässt der Experte ungeklärt. Dass es in letzter Zeit mehrere Störfälle in dem Kraftwerk gab, ist bekannt. Nur lässt sich zwischen den Unfällen und dem Donbass-Konflikt kein Zusammenhang erkennen. Der Experte hätte in seiner Erzählung ja auch auf den Selbstmord von Sergej Klimow hinweisen können, dem Sicherheitsverantwortlichen des besagten Kraftwerks. Nur wenige Tage vor dem Suizid (oder war es eine Hinrichtung?) war es zu Notabschaltungen des Reaktors gekommen.

Aber Umland hat noch weitere Vorschläge zur Lösung der Donbass-Krise in petto. So müsse der Westen hinsichtlich Russlands eine härtere „Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche“ ausarbeiten. Mittels Sanktionen müsste Russlands Zugang zu westlichen Finanzmärkten weiter eingeschränkt, Nord Stream 2 müsste eingefroren werden.

Alle Schlüsselakteure der russischen Regierung und deren Familienmitglieder müssten zielgerichtet mit Sanktionen belegt werden, damit die Widersprüche und die Unzufriedenheit innerhalb des Putin-Systems zunehmen.

Und drittens: Russland müsse die Verbesserung der russisch-westlichen Beziehungen in Aussicht gestellt werden. Das wäre dann das Zuckerbrot: „Zusage eines Assoziationsabkommens mit der EU, Visafreiheit mit dem Schengener Raum und eine Roadmap für die Nato-Mitgliedschaft.“

Wenn Russland dem verlockenden Angebot, ein Junior-Partner innerhalb der Nato werden zu dürfen, nicht widerstehen kann, dann soll die Rückkehr des Donbass unter Kiews Kontrolle eingeleitet werden – durch die „provisorische Intervention“ einer dritten Seite: eine Art befristete Besatzung. Damit meint der Experte die 30.000-Mann-starke UN-Armee.

Doch damit nicht genug. Umland schlägt auch vor, den Donbass durch Einhaltung der

Minsker Vereinbarungen unter Kiew's Kontrolle zurückzuführen. Dafür müssten die „ukrainischen und westlichen Diplomaten“ den Text des Abkommens „vom Kopf auf die Füße stellen“, die Bestimmungen des Dokuments jedoch „formal“ befolgen. So könnte etwa der „Sonderstatus“ des Donbass als „stärkere Kontrolle durch Kiew“ ausgelegt werden.

Das passende Instrumentarium haben die Kiewer Machthaber und deren national gesinnte Handlanger ohnehin schon parat: von Filtrationslagern und Foltergefängnissen der ukrainischen Staatssicherheit bis hin zu neuen Passregelungen für die Bürger der Volksrepubliken samt der Einschränkung ihrer Grundrechte.

Bezeichnend ist, dass der Politologe Umland die Kiewer Führung mit keiner Silbe dazu aufruft, den Weg einer echten Konfliktregulierung einzuschlagen.

Wie wäre es zum Beispiel mit einem Abzug der Waffen und einer Auszahlung ausstehender Renten und Gehälter in den Volksrepubliken? Oder mit einer Vereinbarung über eine umfassende Minenräumung in den Volksrepubliken? Oder einer Aufhebung der Blockade für humanitäre Güter und einer Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen?

Solche einfachen Schritte überzeugen jeden Donbass-Bürger auf beiden Seiten der Kontaktlinie. Einem Politologen mit hochwertigen Abschlüssen aus Oxford, Stanford, Leipzig und Berlin kommen sie offenkundig nicht in den Sinn.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32216/18/322161892.jpg>

Dnr-online.ru: Trotz des „Schul“ waffenstillstands geht der Beschuss des Territoriums der DVR von Seiten der ukrainischen Streitkräfte weiter, wodurch friedliche Bürger leiden. In diesem Zusammenhang wurde in einer Reihe Medien die Version veröffentlicht, dass die ukrainischen Streitkräfte den entsprechenden Befehl über die Feueinstellung nicht erhalten haben. Die Situation kommentierte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR, der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin. „Leider wissen wir nicht einmal, ob es die Befehle gab oder nicht. Sie sind nicht veröffentlicht – im Unterschied zur DVR und LVR. Das ist eine unserer Forderungen und der OSZE-Mission – eine offizielle Publikation dieser Anweisungen. Dann werden die Soldaten, die das Regime der Ruhe verletzen, Verantwortung tragen. Derzeit wissen wir das nicht“, sagte er. ...

de.sputniknews.com: **Gefährlicher als Tschetschenien - Demnächst auch Reisewarnung nach Deutschland?**

Paul Linke

Das Auswärtige Amt rät von Reisen in die autonome Republik Tschetschenien ab und weist

dabei auf Gefahren durch Terrorismus hin. Doch Warum? 2016 wurden in Deutschland 28 Anschläge mit terroristischem Hintergrund registriert - in Tschetschenien hingegen null. Muss nun auch vor Reisen in die Bundesrepublik gewarnt werden?

„Bei Reisen in den Föderalbezirk Nordkaukasus sowie angrenzende Regionen wird auf die erhöhte Sicherheitsgefährdung hingewiesen. Insbesondere von nicht zwingend erforderlichen Reisen nach Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan wird abgeraten“, heißt es auf der Internet-Seite des Auswärtigen Amtes.

In den Regionen bestehe aufgrund von möglichen Anschlägen mit „terroristischem Hintergrund, bewaffneten Auseinandersetzungen und Entführungsfällen ein höheres Sicherheitsrisiko als in anderen russischen Landesteilen“, warnt das Ministerium.

Terroranschläge 2016: Deutschland 28 - Tschetschenien null

Den Sicherheitshinweis kann Konstantin Ermisch von der touristischen Vertretung der Republik Tschetschenien in Deutschland nicht nachvollziehen: „Ich bin der Meinung, die Informationen sind veraltet. Sie sind circa zehn Jahre alt.“

So sind beispielsweise 2016 laut „Global Terrorism Database“ ganze null Anschläge in der kaukasischen Republik Tschetschenien festgestellt worden. In Deutschland wurden hingegen 28 Anschläge gezählt. Die Anschläge richteten sich zum größten Teil gegen Flüchtlingsunterkünfte und wurden dem fremdenfeindlichen Milieu zugeordnet. Dabei wurden 10 Menschen getötet und 25 verletzt. 14 Menschenleben und 25 Verletzte forderten im Jahr 2016 Terroranschläge mit einem islamistischen Hintergrund. Im Juli und im Dezember 2017 wurden in Deutschland drei Anschläge verzeichnet. In Tschetschenien war es einer.

„Reisewarnung“ ohne Begründung

Auf Nachfrage der Sputnik-Redaktion, mit welcher Begründung eine derartige Reisewarnung veröffentlicht wurde, hieß es aus dem Auswärtigen Amt: „Für die Russische Föderation, respektive den Nordkaukasus wurde keine Reisewarnung ausgesprochen.“ Reise- und Sicherheitshinweise „und – falls nötig – Reisewarnungen“ würden sich auf alle dem Auswärtigen Amt verfügbaren und für vertrauenswürdig erachteten Informationen stützen. An ihrer Erstellung seien die weltweit rund 220 deutschen Auslandsvertretungen vor Ort ebenso wie die Länderexperten im Auswärtigen Amt beteiligt. „Die Quellen und Inhalte, welche diese Quellen dem Auswärtigen Amt mitteilen, auf deren Grundlage die Reise- und Sicherheitshinweise erstellt oder aktualisiert werden, werden aus Schutzgründen nicht genannt“, so das Ministerium. Die Sicherheit der deutschen Staatsangehörigen stehe dabei absolut im Vordergrund, betonte das Amt.

Demnächst auch Reisewarnung nach Deutschland?

Dem „Global Terrorism Index 2017“ zufolge steht die Russische Föderation auf dem Platz 33 noch vor Frankreich (Platz 23) und USA (Platz 32). Deutschland belegt den Platz 38. Zwar gibt es auch einen „Landesspezifischen Sicherheitshinweis“ für Frankreich, das seit Anfang 2015 Ziel „mehrerer schwerer Terroranschläge“ geworden ist. Von Reisen in die Nachbarrepublik wird jedoch, anderes als im Fall Tschetschenien, nicht abgeraten. Den Reisenden wird auf der Seite des Ministeriums nur zu „besonderer Vorsicht“ geraten. Noch wird auf der Internet-Seite des russischen Außenministeriums nur auf mögliche Grenzkontrollen im Schengener Raum hingewiesen. Doch vielleicht folgt auch bald eine Sicherheitswarnung für Reisen in die Bundesrepublik. Die Vertreter des deutschen Tourismus würde das sicher freuen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32216/18/322161829.jpg>

Lug-info.com: Im Zeitraum vom 1.9.18 bis 31.05.19 haben Schüler der Klassen 1-11 von Montag bis Freitag bis 16 Uhr das Recht auf kostenlose Fahrten im öffentlichen Nahverkehr. Anspruch auf Ermäßigung haben Studenten von Einrichtungen der mittleren und höheren Berufsbildung, für sie kostet eine Fahrt acht Rubel.

de.sputniknews.com: **„Königtum der Absurdität“: Riga will russische Kindergärten loswerden.**

Trotz der lauten Versicherungen lettischer Behörden, russischsprachige Kindergärten würden ohne Änderungen in Riga bleiben, könnten sie in Wirklichkeit in einem Jahr gänzlich verschwinden. Das berichtet Sputnik Lettland unter Berufung auf Erzieher in mehreren russischsprachigen Kindergärten.

Lettland begrenzt strikt die Verwendung der Muttersprache für nationale Minderheiten in der Ausbildung. Die Maßnahmen betreffen vor allem die russischsprachige Bevölkerung. 40 Prozent der Einwohner in Lettland sprechen diese Sprache.

Ratschläge für „Lettisierung“ russischer Kinder

Mehrere Erzieher erzählten Sputnik Lettland über die Diskriminierung russischsprachiger Kinder, die aus Furcht vor einer Kündigung anonym bleiben wollten. Sie arbeiten in verschiedenen Teilen der Stadt und kennen einander nicht. Ihnen zufolge kamen in diesem Jahr verschiedene Prüfer und Vertreter des Rigaer Parlaments. Mehrere von ihnen hätten Ratschläge gegeben, wie die Kindergärten alle Kontrollen erfolgreich passieren und weiter arbeiten könnten.

Unter anderem sollen in russischen Kindergärten zweisprachige oder lieber lettische Gruppen funktionieren. Lettische Beschäftigte sollten bei der Einstellung bevorzugt werden. Erzieher seien auch gebeten, mit den russischen Kindern Lettisch zu sprechen und sie aufzufordern, mindestens die Hälfte der Wörter auf Lettisch zu verbalisieren.

Kinder, die zu wenig Lettisch sprechen, sollen laut Erziehern korrigiert werden. Das führe oft zu Stress und Problemen im Benehmen der Kinder, teilte Sputnik Lettland die in mehreren russischsprachigen Kindergärten tätige Logopädin Anastassija Jefremowa mit.

„Kinder haben sogar davor Angst, um Hilfe beim Klobesuch zu bitten“

Jefremowa zufolge haben Kinder oft sogar davor Angst, eine Erzieherin um Hilfe beim Klobesuch zu bitten, weil sie dann ihre Sprache korrigieren würde. Kinder schlafen schlecht und essen nicht richtig, so die Logopädin.

„Es gibt viele solche Fälle, wo sich ‚richtige‘ lettische Erzieher mit russischen Kindern beschäftigen. Das Kind denkt dann: Ich verstehe das nicht – das ist schlecht, ich bin auch

schlecht, alle Menschen sind böse. Wenn aber dann ein russischer Erzieher mit ihnen arbeitet, werden die Kinder schnell motiviert, sie kommunizieren und werden lebenslustig“.

„Er spricht ja kein Lettisch“

Laut Jefremowa leiden die Kinder, wenn es zu einem Konflikt zwischen Erziehern und Eltern wegen der Sprache komme: Der Erzieher revanchiere sich dann über das Kind.

„Ich frage meinen Enkel, welche Buchstaben er heute gelernt hat. Er antwortet, die Erzieherin gebe ihm die Würfel mit Buchstaben nicht“. Am nächsten Tag habe sie die Frau um eine Erklärung gebeten.

„Dann sagt sie mir: ‚Er spricht ja kein Lettisch, er muss einfach dasitzen und zuhören, vielleicht lernt er dann was‘. Das hat mir eine lettische Erzieherin in einem russischen Kindergarten gesagt“, erklärte die Logopädin empört.

Sputnik Lettland vermutet, dass Ähnliches nicht nur in Riga, sondern auch im ganzen Land passiere. Die Beamten sprechen aber selbst mit ihren Kollegen nur andeutungsweise darüber, aus Angst, angegeben zu werden.

„Experten“ für Sprachfragen beherrschen die Sprache selbst nicht

Eine der Gesprächspartnerinnen von Sputnik Lettland war eine lettische Erzieherin, die in einem russischsprachigen Kindergarten arbeitet. Sie berichtete von einem Treffen mit Abgeordneten des Parlaments von Riga, die den Erziehern die Regeln des Umgangs mit russischen Kindern, Eltern und Kollegen erklärt hätten. Das habe bei der Frau ein Lachen ausgelöst, das „eher einer nicht lustigen Hysterie geähnelt“ habe.

„Besonders lustig war, dass unter den Gästen ein russisches Mitglied der Partei ‚Zusage‘ war, das vielleicht mehr als die anderen von verschiedenen Regeln sprach. Dabei hat er meine Muttersprache ziemlich schlecht gesprochen. Solch ein Königtum der Absurdität!“ meinte die Erzieherin.

Sputnik Lettland zufolge fanden diese Treffen mindestens in neun Kindergärten statt.

Kaum noch Ausbildung auf Russisch

Im April unterzeichnete der lettische Präsident, Raimonds Vejonis, ein Gesetz, laut dem die Vorschulbildung für nationale Minderheiten bilingual werden muss. Vom ersten bis zum sechsten Schuljahr bleibt die Möglichkeit einer zweisprachigen Ausbildung. Bis zur neunten Klasse müssen 80 Prozent der Fächer und vom zehnten bis zwölften Schuljahr bereits alle auf Lettisch unterrichtet werden.

Das Gesetz widerspricht der Resolution zum Schutz der Sprachen nationaler Minderheiten in Europa, die die Parlamentsversammlung des Europa-Rats im Januar verabschiedet hat. Laut Pace sollen die Minderheiten die Möglichkeit haben, während der gesamten Lern- und Ausbildungsperiode – vom Kindergarten bis zur Hochschule – in ihrer Muttersprache zu lernen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32204/75/322047504.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant M. Ju. Filiponenko über die Situation an der Kontaktlinie vom 25. bis 31.
August 2018:

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der
Aktivitäten der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die **Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht
wesentlich verändert**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **einmal das
Regime der Feueinstellung verletzt** und dabei Granatwerfer verschiedener Art,
großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Beschossen wurden die
Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Christowoje**.

Insgesamt haben die ukrainischen Truppen **in der letzten Woche fünfmal das Regime der
Feueinstellung verletzt**. Auf das Territorium der Republik wurden 80 Geschosse
abgefeuert.

Folgende Ortschaften wurden von den ukrainischen Truppen beschossen: **Logwinowo,
Kalinowo, Shelobok, Christowoje, Pankowka**.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten folgende Kriegsverbrecher: der Kommandeur
der 72. mechanisierten Brigade Tatus, der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade
Grusewitsch, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade Wojtschenko, der
Kommandeur der 59. Panzergrenadierbrigade Schwdjuk.

**Die ukrainische Seite verstärkt unter Nutzung des „Schulwaffenstillstands“ weiter ihre
militärische Präsenz und stationiert verbotene Waffen in der Nähe der Kontaktlinie.**

Nach unseren Informationen sind in der 53., 14., 72. mechanisierten Brigade und in der 59.
Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte je 15 Antipanzerlenkraketen RK-2S (für
Antipanzerraketensysteme „Stugna-P“) eingetroffen.

An den Lagerorten fehlen weiterhin ukrainische Technik und Waffen, die abgezogen sein
müssten. Das Fehlen kommt in den täglichen offiziellen Berichten der OSZE-Mission zum
Ausdruck. Nach deren Angaben fehlen an den Lagerorten folgende Waffen der ukrainischen
Streitkräfte:

8 Haubitzen „Msta-B“;

6 Haubitzen „Akazija“;

4 Panzer T-72;

8 Haubitzen „Gwosdika“....

Die Frage des Status der Freiwilligenformationen, die von dem kürzlichen Skandal um ihre
Entwaffnung betroffen waren, bleibt offen. Ein in den Medien veröffentlichtes Video, auf dem
der SBU eine der Basen der Nationalisten stürmt, zeigte, dass es zwischen den militärischen
Strukturen in der Zone der sog. OOS trotz allem ernsthafte Probleme gibt.

Diese Konflikte werden auch durch die ständig bei uns eintreffenden Informationen über die
offene Nichtunterordnung nationalistischer Einheiten unter das Kommando der
Besatzungskräfte bestätigt. So trinken die Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“, die gesondert
von den Soldaten der 53. Brigade an der Kontaktlinie untergebracht sind, ständig Alkohol und
veranstalten Krawalle.

Außerdem sind dem ukrainischen Kommando die wahren Ursachen des Todes von Soldaten
bei einem Gefecht am 23. August im Gebiet von Shelobok nicht abschließend bekannt, im
Zusammenhang damit ist im Gebiet von Krymaskoje im Verantwortungsbereich des 24.

Bataillons „Ajdar“ eine Kommission der Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine eingetroffen.

Im Zusammenhang mit dem niedrigen moralisch-psychischen Niveau des Personals und um
den Kampfgeist der Soldaten zu befördern, berichtet die ukrainische Seite weiter über ein
angebliches Vordringen der Kiewer Straftruppen in die „Graue Zone“.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte an der vordersten Verteidigungslinie hat sich die
Zahl der Deserteure erhöht. Außerdem führt massenhafter Alkoholismus zum Anwachsen

nicht kampfbedingter Verluste. Und hier die realen Erfolge des Kiewer Regimes, die es im Kampf gegen das eigene Volk erzielt hat:

Beispiele für solche „Erfolge“ können zahlreich angeführt werden.

Am 26. August z. B. Haben die Kämpfer des 2. Bataillons der 14. Brigade, der Soldat Igor Wladimirowitsch Dmitrienko und der Soldat Alexandr Michajlowitsch Semenjuk eigenmächtig die Positionen im Gebiet von Troizkoje verlassen.

Das Kommando dieser Brigade führt außerdem eine Ermittlung zu Fehlbeständen bei medizinischen Materialien, die Betäubungsmittel erhalten, durch. In diesem Zusammenhang ist im Gebiet von Wrubowka eine Kommission des medizinischen Dienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eingetroffen.

So war die Einnahme der „Grauen Zonen“ vom politischen Gesichtspunkt aus günstig, aber vom militärischen einer großer Fehler, der zu ernsthaften Verlusten führte, was den moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Kämpfer nicht verbessern wird....

de.sputniknews.com: Moskau warnt vor Konflikten in Arktis.

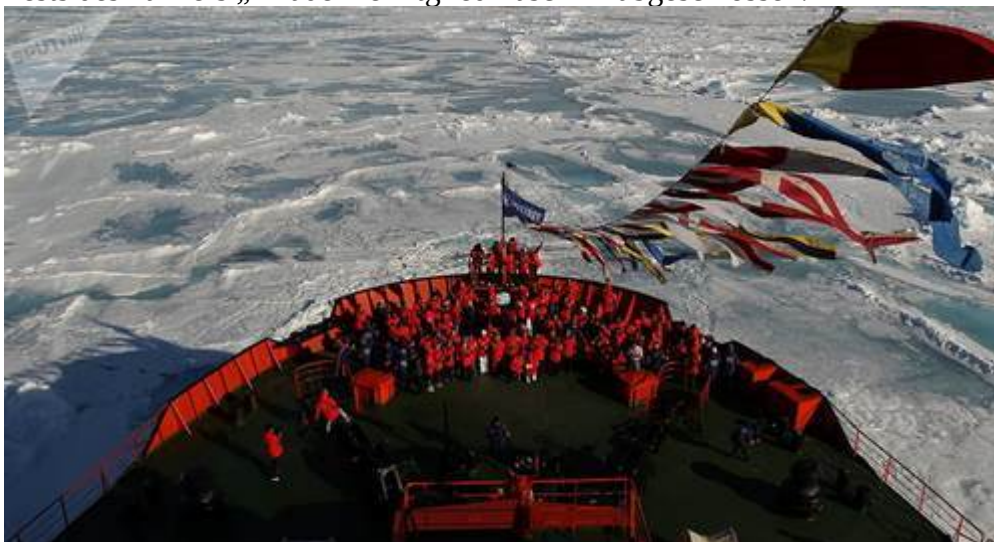
Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat vor dem Anstieg des Konfliktpotentials in der Arktis gewarnt. Nach seiner Auffassung ist das auf die große Anzahl der Länder zurückzuführen, die ein Interesse an der Region haben.

„Der Schutz der nationalen Interessen Russlands in der arktischen Region sowie deren aktive Entwicklung zählen nach wie vor zu den vorrangigen Aufgaben bei der Tätigkeit der Streitkräfte“, sagte er. Die Arktis sei heutzutage zu einem Objekt von territorialen, militärstrategischen und Ressourcen-Interessen einer Reihe von Ländern geworden. „Das kann einen Anstieg des Konfliktpotentials zur Folge haben“, betonte Schoigu.

Zurzeit würden sich in den hohen Nordbreiten Eisbrecher mehrerer Länder befinden: darunter nicht nur von Russland, sondern auch von Südkorea, Schweden, Deutschland, den USA und China.

Um auf die bestehenden und prognostizierten Gefahren angemessen zu reagieren setze die russische Nordflotte gerade den umfassenden Plan des Verteidigungsministeriums zur Entwicklung der Fähigkeiten der Kräftegruppierungen und Truppeneinteilungen in der Arktis bis 2020 um, so Schoigu.

Im Frühjahr 2018 seien der Eisbrecher „Ilja Muromez“ und das Mehrzweck-Unterstützungsschiff „Elbrus“ in den Dienst bei der russischen Nordflotte gestellt worden, sagte der Verteidigungsminister. Im Sommer seien die Fregatte „Flottenadmiral Gorschkow“ und das Docklandungsschiff „Iwan Gren“ hinzu gekommen. Zudem würden die staatlichen Tests des Tankers „Akademimitglied Paschin“ abgeschlossen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31928/59/319285919.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau verurteilt Bekanntgabe von Transaktionen russischer Botschaft in USA.

Die Übergabe von vertraulichen Informationen über Finanzoperationen der russischen Botschaft an die Presse durch US-Nachrichtendienste ist laut der Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa eine „Verletzung des Bankgeheimnisses“ und „Verleumdung“.

Kürzlich habe das Medienunternehmen „BuzzFeed“ noch eine Portion Spekulationen über Bankoperationen der russischen Botschaft in den USA und russischer Diplomaten veröffentlicht.

„So wie im November des vorigen Jahres und im Januar dieses Jahres geht es im Artikel um die nächsten Verschwörungstheorien über routinemäßige Gehaltsüberweisungen und Übermittlung von Geld an die Mitarbeiter unserer Auslandsvertretung“, so Sacharowa.

„Schon wieder werden wir mit der Situation konfrontiert, wobei Vertreter von US-Medien vertrauliche Informationen über Finanzoperationen unserer Mitarbeiter erhalten – offensichtlich nicht ohne direkte Unterstützung von Geheimdiensten der USA“, sagte Sacharowa weiter.

Washington lasse sich tatsächlich auf die Verletzung des Bankgeheimnisses und auf die Bekanntgabe von personenbezogenen Daten ein, was der amerikanischen Gesetzgebung und der Rechtsanwendungspraxis widerspreche, betonte die Diplomatin.

Das Ziel dieser Verleumdungen sei klar – sie würden im Zusammenhang mit der angeblichen Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahl 2016 instrumentalisiert, unterstrich Sacharowa.

[Ukrinform.ua: 17.800 Schulanfänger in der Oblast Donezk: Unterrichtssprache wird Ukrainisch.](#)

[In der Oblast Donezk gehen am 1. September 17.800 Kinder zum ersten Mal in die Schule. Für 98,9 Prozent der Erstklässler wird die Unterrichtssprache Ukrainisch, gab der Leiter der Donezker militärisch-zivilen Administration, Alexander Kuts, auf seiner Facebook-Seite bekannt. Insgesamt werden in 522 Schulen in den von der Regierung kontrollierten Gebieten der Oblast rund 160.000 Schüler lernen, so der Politiker.](#)

de.sputniknews.com: Zensur ad absurdum: Kiew verbietet Impfstoff wegen Anwendungsvorschrift auf Russisch.

Der Staatliche Dienst der Ukraine für Arzneimittel und Drogenkontrolle hat den Verkauf, die Lagerung sowie die Verwendung des Pentaxim-Impfstoffs zur Vorbeugung von Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten und Poliomyelitis verboten, wie die Behörde auf ihrer Website mitteilte.

Grund dafür sollen Anwendungsvorschriften in russischer Sprache sein, was gegen die gesetzlichen Normen in der Ukraine verstößt.

„Verkauf, Lagerung und Verwendung von „Pentaxim“ (Impfstoff gegen Diphtherie, Tetanus, Pertussis und Poliomyelitis) sind aufgrund von Kennzeichnungen in einer Fremdsprache (Russisch) verboten“, hieß es in der Erklärung.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31957/88/319578871.jpg>

Dan-news.info: 17:42 Uhr: Eine heftige Detonation hat sich im Zentrum von Donezk ereignet, berichtet ein Korrespondent von DAN vom Ort des Geschehens. Der Vorfall ereignete sich im Restaurant „Separ“.

Vor Ort sind zahlreiche Fahrzeuge von Notfalldiensten, einschließlich der Polizei und Krankenwagen. Das gesamte Territorium ist abgesperrt.

Derzeit ist von einem Verletzten bekannt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

17:54 Uhr: Ein Brand begann im Gebäude des Donezker Restaurants, in dem die Detonation erfolgte. Vor Ort sind bereits zwei Feuerwehmannschaften.

Abends:

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko starb heute infolge einer Detonation im Zentrum von Donezk. Dies teilte seine Administration mit.

„Leider ist das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschnio durch einen Terrorakt getötet worden. Einzelheiten werden ermittelt“, teilte die Gesprächspartnerin der Agentur mit....

de.sputniknews.com: Tödlicher Anschlag auf Chef von Donezker Volksrepublik - erste Reaktionen:

Bei einem Bombenanschlag im Zentrum von Donezk ist der Chef der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DVR), Alexander Sachartschenko, getötet worden. Laut Vertretern der DVR handelt es sich um einen Terrorangriff. Erste Reaktionen im Überblick.

Erste Reaktionen hat es mittlerweile aus verschiedenen Ländern gegeben:

- Ein Vertreter der lokalen Sicherheitsstrukturen der selbsterklärten Republik bezeichnete die Explosion als Terrorangriff.
- Auch das russische Außenministerium bezeichnete die Explosion als "Anschlag". Man könne dabei durchaus davon ausgehen, dass hinter dem Angriff "das Kiewer Regime" stehen könnte.
- Das Mitglied des Verteidigungsausschusses des russischen Parlaments Ivan Teterin erklärte, hinter dem Anschlag könnte die ukrainische Regierung stehen, da Sachartschenko "für Kiew äußerst unbequem war. Höchstwahrscheinlich steckt Kiew dahinter".
- Konstantin Kossatschow, russischer Politiker und Diplomat, betonte, dass der Mord an Sachartschenko "negative Auswirkungen auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen" haben werde.
- Evgenij Serebrennikov, russischer Parlamentarier, erklärte, hinter dem Anschlag würden

"extremistische Kräfte der Ukraine" stecken, die eine Destabilisierung der Situation im Osten der Ukraine provozieren wollten.

- Der Chef des Donezker Volksrates hat mit Vergeltung gedroht: "Donezk wird sich für dieses Verbrechen rächen".

- Der ukrainische Geheimdienst SBU hat jegliche Verantwortung für den Angriff auf Sachartschenko abgestritten. Der SBU erklärte, der Anschlag sei das Resultat interner Machtkämpfe in der Donezker Volksrepublik.

- Natalja Poklonskaja, ehemalige Generalstaatsanwältin der Krim und jetzt Abgeordnete der russischen Duma, schrieb auf ihrem Twitter, Sachartschenko sei "wie ein Held und ein treuer Sohn seines Volkes" gefallen.

- Das russische Außenministerium fordert eine absolut unabhängige und unvoreingenommene Aufklärung des Anschlages - der Westen solle sich zudem an den Ermittlungen beteiligen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32216/63/322166375.jpg>

ukrinform.ua: Bombenanschlag in Donezk: Anführer der Donezker Terroristen

Sachartschenko getötet.

Der Anführer der terroristischen „Volksrepublik Donezk“ ist bei einer Bombenexplosion getötet worden.

Nach Angaben von russischen Medien wurde er in einem Restaurant in Donezk tödlich verletzt.

Der ukrainische Sicherheitsdienst SBU bestätigte den Tod von Sachartschenko. Der Sprecherin des Dienstes Olena Hitljanska zufolge sei er infolge der andauernden Konflikte zwischen "Terroristen und ihren russischen Vorgesetzten" getötet worden.

de.sputniknews.com: Kiew: Wir können jegliche Flotte im Asowschen Meer in fünf Minuten vernichten.

Die ukrainische Armee kann jegliche Flotte, die das Asowsche Meer anlaufen würde, im Laufe von einigen Minuten vernichten. Diese Auffassung vertritt der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments von der Partei „Narodny Front“ (dt.: „Volksfront“) Juri Beresa in einem Interview mit der Nachrichtenwebseite „Obosrewatel“.

Auf diese Weise kommentierte Beresa einen angeblich möglichen Angriff der russischen Marine, der seiner Ansicht nach vom Asowschen Meer kommen könnte. Die Ukrainer sollten jedoch keine Angst haben, sagte er:

„Wenn einer auf eine Landkarte blickt, die das Asowsche Meer zeigt... Bei einer richtigen Stationierung und Befestigung der Raketenbatterien wird jegliche Flotte, die dort anläuft, geradezu im Laufe von fünf bis zehn Minuten vernichtet“, sagte er. Dafür brauche die Ukraine

sogar keine modernen Waffen, behauptete er:

„Nachdem die Entfernung, in der sich die Schiffe befinden könnten, gemessen worden ist, könnten sogar Waffen eingesetzt werden, die es 1991 in der Sowjetunion gab - und diese sind fast alle bei uns - und Raketensysteme würden praktisch jede Flotte unterdrücken“, betonte Beresa.

Die ukrainischen Streitkräfte würden alle erforderlichen Maßnahmen an der Küste des Asowschen Meeres ergreifen, um dem Gegner eine „angemessene Antwort“ zu geben, fügte er hinzu.

Hoffentlich werde der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine „abgewogene und nüchterne“ Entscheidungen in Bezug auf die Situation im Asowschen Meer treffen, sagte Beresa.

„Die Teilung des Meeres, die es zu Zeiten der vorherigen Präsidenten gab, ist nicht zum Vorteil der Ukraine, und hier sollte Poroschenko dem Außenministerium die Aufgabe stellen: Was wir abrechnen sollten, wie wir uns verteidigen sollten, wo wir uns an unsere Partner wenden sollten und wo wir Klagen bei den internationalen Gerichten einreichen sollten“, sagte der Abgeordnete.

Kiew wirft Moskau vor, die Schiffe beim Anlaufen der ukrainischen Häfen über die Straße von Kertsch zu blockieren. Die Schiffe würden lange liegen bleiben, während ihre Besitzer Verluste erleiden würden, hieß es. Dabei äußerte die ukrainische Außenministerin Jelena Serkal, die russische Grenzschutzbeamten würden die Protokolle bei der Besichtigung der ukrainischen Schiffe im Asowschen Meer einhalten.

Das Grenzschutz-Departement des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB in der Republik Krim gab in diesem Zusammenhang bekannt, die Kontrollen der ausländischen Schiffe würden im Einklang mit dem internationalen Seerecht erfolgen. Die Reeder sollen keine Kritik geübt oder Ansprüche erhoben haben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30167/59/301675942.jpg>

de.sputniknews.com: USA an Sachartschenkos Ermordung „direkt beteiligt“ – Donezker Volksrepublik.

Die USA stecken laut dem stellvertretenden Befehlshaber des Einsatzkommandos der Donezker Volksrepublik Eduard Basurin hinter der Ermordung des Chefs der selbsterklärten Volksrepublik Donezk Alexander Sachartschenko.

„Sie (die USA – Anm. d. Red.) waren an diesem Prozess direkt beteiligt“, sagte Basurin gegenüber dem Fernsehsender Rossija 1.

Am Freitag wurde Alexander Sachartschenko bei einer Explosion im Café „Separ“ im Zentrum von Donezk getötet. Der DVR-Minister für Einkommen und Gebühren Alexander

Timofejew erlitt schwere Verletzungen. Die Donezker Behörden vermuten laut Sachartschenkos Berater Alexander Kasakow, dass das ein Terroranschlag war.